

Altpolitiker kritisierten Bunkerschließungen



Die Politik des kalten Krieges definierte Bunkeranlagen als wichtigen Teil der Sicherheitsarchitektur. Maßgebliche Politiker kritisierten die Abschaffung von Zivilschutz- wie auch Regierungsbunkern nach 1990.

Die damals geäußerten Warnungen sind nun eingetreten.

Für den ehemaligen Bundesinnenminister Ernst Benda (1925 – 2009) war die Vorhaltung eines Regierungsbunkers für ein Land wie Deutschland eine „bloße Selbstverständlichkeit“. Annemarie Renger (1919 – 2008), von 1972 bis 1976 Präsidentin des Deutschen Bundestages, mahnte 2008 vor Entwicklungen im Osten und daraus resultierenden Bedrohungslagen, „deren Tragweite wir heute noch gar nicht abschätzen können“. Auch die SPD-Politikerin kritisierte die Aufgabe von Schutzräumen als naive wie kurzfristige Entscheidung.

Beide kannten den Regierungsbunker im Ahrtal aus eigenem Erleben. 1966 waren sowohl Benda (CDU) wie auch Renger (SPD) Teilnehmer der NATO-Übung „Fallex“. Renger als Zivilschutzexpertin der Sozialdemokraten und Benda als Vorsitzender des nur auf dem Papier existierenden „Gemeinsamen Ausschusses“ (Gema.) besetzten im Planspiel dritter Weltkrieg politische Schlüsselpositionen. Ihre Parteien stellten dann zwei Monate nach der Übung die Regierung in der ersten großen Koalition. Ironie der Geschichte: Mit Rengers Wahl zur Bundestagspräsidentin 1972 übernahm sie den Job, den sich Benda bei „Fallex“ sechs Jahre zuvor ausgesucht hatte: das Grundgesetz sah und sieht vor, dem Bundestagspräsidenten in Notlagen die Leitung von Bundestag und Bundesrat als Gema.-Vorsitzenden zu übertragen. Benda war als Bundesinnenminister zuständig für den Regierungsbunker im Ahrtal, der in seinen Dienstbereich fiel.

Wenn es also Politiker gab, die sich mit den Mechanismen einer Krisenbearbeitung und geopolitischen Entwicklungen auskannten – Benda und Renger zählen zweifelsohne dazu. Umso bemerkenswerter ist mit Blick auf die aktuelle Rußland-Ukraine-Krise ihre Einschätzung aus den Jahren

2007 und 2008, ein Regierungsbunker als geschütztes Krisenzentrum für die zivile wie militärische Führung sei unverzichtbar. Zum System einer Gesamtverteidigung zählten für sie auch zivile Schutzbauten. Renger hatte bereits 1958 vor dem Bundestag gemahnt: ein Bunker nur für die Regierung sei politisch wie moralisch mehr als fragwürdig. Auch der Schutz der Bevölkerung müsse umgesetzt werden. Was Zeit und Geld kostete. Bis 1990 wurden bundesweit ganze 2.357 Zivilschutzanlagen für ca. 1,4 Mio. Menschen gebaut. 2007 entschied der Bund, auf Schutzräume als Teil des Zivilschutzes ganz zu verzichten. Es war das Jahr, in dem Annemarie Renger in ihrem letzten Interview auf politische Entwicklungen im Osten hinwies, die aus ihrer Sicht weder positiv noch abgeschlossen seien. „Es ist naiv zu denken, von dort gehe keine Gefahr mehr aus“, sagte sie im Herbst 2007. Eine Woche nach der feierlichen Eröffnung der Dokumentationsstätte Regierungsbunker starb sie im März 2008.

Und auch Ernst Benda äußerte bei seinem Gespräch zum Regierungsbunker im Sommer 2008 Bedenken, diese Flanke zu öffnen. Ein Land wie Deutschland mit seiner politischen wie wirtschaftlichen Bedeutung sollte durchaus so viel Geld aufbringen und Interesse zeigen, um in Notlagen unter Vollschutz handlungsfähig zu bleiben. Da war der Regierungsbunker schon über ein Jahrzehnt Geschichte, den der CDU-Politiker in seiner Konzeption als „etwas zu überdimensioniert, aber grundsätzlich richtig“ beschrieb.

Alles muss raus: 1998 beginnt das große Aufräumen im Regierungsbunker. In der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur spielt er keine Rolle mehr, 2007 werden die letzten Bunker im Zivilschutz aufgegeben.

Militärische Bedrohungslagen für Deutschland wurden seit 2007 als „unwahrscheinlich“ auf dem letzten Platz möglicher Krisen geführt. Und sollten sie sich tatsächlich anbahnen, dann mit Anlauf. 24 Monate Vorlaufzeit nennen die Strategiepapiere des Bundesinnenministeriums. Ein Zeitfenster, das sich nutzen ließe, um die Schutzmaßnahmen wieder hochzufahren. Parallel zu dieser Einschätzung wurden die letzten Zivilschutzanlagen geschlossen, verkauft, umgebaut oder ganz abgerissen.

In der aktuellen Krise wollen nun die Innenminister der Länder mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser eine Bestandsaufnahme vornehmen und mit Experten darüber nachdenken, wie die Bevölkerung geschützt werden kann, sollte sich der militärische Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine Richtung Westen ausweiten. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als zuständige Behörde für die Alt-Bunker informierte jüngst, sie habe bislang 1.400 Objekte abgewickelt.

Und der Rest? „Steht als Schutzraum im aktuellen Zustand nicht zur Verfügung.“ Viele dieser Anlagen verfallend seit Jahren und Jahrzehnten. Die Technik funktioniert nach 30 Jahren Stillstand nicht mehr, wichtige Komponenten wurden ausgebaut. Insofern dürften Fragen zu einer Reaktivierung für die aktuelle Krise schnell beantwortet sein. Bestenfalls könne man perspektivisch planen und sich auf eine Krise in 20, 25 Jahren vorbereiten. Denn ein flächendeckendes Schutzraumkonzept für 100 Prozent der Bevölkerung würde rund 80.000 Bunkeranlagen voraussetzen. Aktuell gibt es noch 599 Alt-Bunker der 1970er und 80er Jahre, zumeist in

privatem oder kommunalen Eigentum. Um die Lücke zu schließen, müssten rund eine Billion Euro investiert werden. Zum Vergleich: der gesamte Bundeshaushalt 2021 lag bei weniger als 500 Mrd. Euro. Das ist halb so viel wie die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe veranschlagten Schutzraumkosten für alle Bundesbürger.

Bleibe eine kleine Hintertür, über die der Bund die Verantwortung delegieren könnte: die Verpflichtung zum Selbstschutz. Wie im kalten Krieg könnte Vater Staat Zuschüsse gewähren für den privaten Bunkerbau. Nur wurde das damals kaum angenommen. Und wenn, mutierte der Schutzraum schnell zum Partykeller oder Abstellraum. Eine schnelle Umsetzung in der aktuellen Krise ist ohnehin unrealistisch. Zumal es in Deutschland kaum noch Fachfirmen gibt, deren Kernkompetenz der Schutzraumbau ist.

Bleibt also die Alternative zum teuren wie zeitaufwendigen Bunkerbau: eine Evakuierung aus den Krisengebieten. Es war der Alptraum der Notfallmanager im kalten Krieg. Fluchtbewegungen der Bevölkerung Richtung Westen wurden ebenfalls in den NATO-Übungen durchgespielt, auch bei „Fallex 66“. Frankreich und die Niederlande schlossen ad hoc ihre Grenzen, Belgien zog nach. Der Fluchtkorridor nach Luxemburg blieb zwar offen, war letztlich total überlastet. Luxemburg selbst platzte aus allen Nähten und bat um die Öffnung von Evakuierungsrouten durch Frankreich. Die Verhandlungen darum liefen bis zum Ende der NATO-Übungen – ergebnislos vertagt bis zum nächsten Planspiel in zwei Jahren.



Annemarie Renger äußerte 2007: Rußland befinde sich in einem Transformationsprozess, dessen weitere Entwicklung Bedrohungslagen für den Westen nicht ausschließe. Vor diesem Hintergrund sah die ehemalige Bundestagspräsidentin in der Abkehr von einem Schutzraumkonzept als Teil des Zivilschutzes eine falsche wie auch naive Entscheidung.

Wer all das kennt, möchte mit den aktuellen Krisenmanagern auf Bundes- oder Landesebene nicht tauschen. Doch die Probleme kamen mit Ansage. Denn der schwelende Krisenherd in und um die Ukraine herum erfüllte grundsätzlich die Vorwarnzeiten wie auch Stufen eines Eskalationsplanes. Nur wurden die Ereignisse singulär betrachtet und verloren damit ihre Aussagekraft. Oder wurden von vornherein unterschätzt.

Schon 2016 beschrieb Jost Dülffer, emeritierter Professor für Neuere Geschichte an der Universität zu Köln mit dem Forschungsschwerpunkt Internationale Beziehungen gegenüber ausweicht.de: „Die Politik, Russland zu einer Groß- oder gar Supermacht auf Augenhöhe mit den USA zu machen, deutet schon auf die Wiederaufnahme eines seit Jahrzehnten unterbrochenen Anspruchs hin. Aus einem solchen Blickwinkel können Handlungszwänge formuliert werden, die Härte bis hin zur Kriegsbereitschaft vor scheinbar schwächliches Nachgeben setzen.“ Vorausgegangen war die russische Annexion der Krim 2014. In der Frage, ob damit ein neuer kalter Krieg begonnen hatte, fand Dülffer durchaus bereits erfüllte Parameter. Die Konfliktparteien (USA und Rußland) signalisierten darüber hinaus die Bereitschaft für eine „harte Auseinandersetzung wie im kalten Krieg“. Es hätte der Auftakt einer Zivilschutzoffensive einschließlich Regierungsbunker für die Bundesrepublik sein können.

Währenddessen steht die zivile wie militärische Verteidigungsfähigkeit hierzulande nicht ganz optimal dar, um angemessen auf eine Ausweitung der Ukraine-Krise reagieren zu können.

Entspannung gibt es dabei wenigstens an einer Front: Der Vorwurf der Oppositionspolitikerin Annemarie Renger 1958, adressiert an die damalige Adenauer-Regierung, diese richte sich einen kostspieligen Atomschutzbunker ein, während es nichts für die Bevölkerung gäbe, kann aktuell nicht erhoben werden. Beide stehen ohne Bunker dar. Flankiert von einer heruntergewirtschafteten Bundeswehr ist Deutschland, wie schon 1962 im Jahr der Kuba-Krise, wieder einmal nur „bedingt abwehrbereit“.

(14. März 2022; überarbeitet am 9. Mai 2022)



Ziviler Schutzbau in der Sackgasse: mit Blick auf den Krieg Rußlands gegen die Ukraine wird auch in Deutschland über Möglichkeiten der Evakuierung in Schutzräume nachgedacht. Doch die Bilanz fällt ernüchternd aus. Von ehemals 2.357 Bunkern für die Bevölkerung sind noch ganze 599 in Zivilschutzbindung, deren Zustand allerdings unbekannt ist (im Bild eine zugemauerte Anlage in Mainz).